

KPD-Anträge angenommen:

Keinen Pfennig der Kirche! Fort mit Katechismus!

Im Haushaltsauschuss A des Sächsischen Landtages kam es bei Beratung des Kulturbudgets zu lebhaften Auseinandersetzungen. Die Kommunisten verlangten für den Volkskulturbereich die Einziehung der Summen des Jahres 1933, während die Regierung die Kürzung verlangte. Die kommunistischen Forderungen, die denen der Lehrer und Schullehrer entsprachen, wurden abgelehnt. Die Sozialdemokratie stimmte sie mit der übrigen kulturkonservativen Front nieder. Die Kommunisten hatten ferner einen Antrag eingebracht, wonach Protest gegen Gehaltskürzung der Pädag. und Berufsschullehrer beim Reich eingelegt werden sollte und der außerdem forderte, daß Sachsen eine Gehaltskürzung nicht vornehme. Dieser letzte Antrag wurde von allen anderen Parteien abgelehnt, um die Regierung schief nicht in Verlegenheit zu bringen. Der Protestantrag fand Annahme. Die SPD lehnte weiterhin einen Antrag der KPD ab, der die Heberhebung von Schulräumen auch an politische Organisationen verlangte. Im Vorjahr hatte die SPD noch für einen solchen Antrag gestimmt. Eine Anzahl kommunistischer Anträge wurden beschloffen, weil die Sozialdemokraten aus Furcht vor der Öffentlichkeit nicht wagten, gegen sie zu stimmen. So fand der KPD-Antrag Annahme, die Verordnung des Volkshilfungsministeriums über Einführung des Kleinen Katechismus in den Volkshilfen aufzuheben, welche angenommen wurde der kommunistische Antrag auf Einführung von Kurzlehren und Schreibern als ordentliche Lehrkräfte. Die Kommunisten hatten ferner gefordert, für die Klärung der wertvollen Werke wichtige Literatur in den Schulbibliotheken neu einzuführen. Abgelehnt wurden die herrlichen russischen Jugendbücher „Schilf“ und „Kollektive Jugend“. Angenommen wurden jedoch die beiden Romane „Füßel. Im Westen nichts Neues“ und „Der Weg zurück“. Angenommen wurde auch der kommunistische Antrag, den Gemeinderäten ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen zur Durchführung der selbständigen Lehre und Fernmittelschulen und zur Durchführung von Schulwanderungen im frühesten Umfang.

Bereits bei der Annahme dieser Anträge ließ die Haltung der Regierung deutlich ihre Sachlage erkennen. Selbst wenn auch im Plenum des Landtages sich eine Mehrheit für diese Anträge findet, wird der außerparlamentarische Kampf für die Kulturforderungen der Arbeiterklasse erst die wahre Entscheidung über die Durchführung dieser Forderungen fällen. Besonders bemerkenswert war jedoch die Ablehnung des Entschlusses, das Staatsministerium für die Kirche vorzuziehen. Das bedeutet, daß der Ausschuss im Landtag vorschlagen muß, die Forderungen an die Kirche zu stellen. Weiterhin wurde ein kommunistischer Antrag angenommen, wonach die Regierung beauftragt wird, nach Reich die Durchführung der Trennung von Staat und Kirche und die Aufhebung aller Sonderrechte und Zugewandungen für Religionsgesellschaften zu verlangen. Abgelehnt wurde die Forderung, bereits jetzt in Sachsen keine Mittel mehr für Religionsgesellschaften auszugeben.

Bleite des NACZ der Bundestreuen in Berlin

Alles rüfelt zur Spartaflade

Berlin, 29. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)

Während sich die Berliner mittelläge Bevölkerung mit verzweifeltem Eifer für die am nächsten Sonntag beginnende Spartaflade rüfelt, sind gestern, unbemerkt von weitläufigen Berlin, der Reichsarchivsportplatz (NACZ) der „Bundestreuen“ im Grunewald der Stadion hat. Trotz des schönen Wetters war der NACZ eine einzige Bleite. Das Stadion in Grunewald war sehr schlecht besucht. Die Beteiligung der Sportler an dieser Veranstaltung war ebenfalls als schlecht zu bezeichnen. Im großen und ganzen trug die Veranstaltung einen sehr depressiven Charakter. Das rote Berlin sieht zu den roten Sportlern. Unter diesem Eindruck hand auch der Reich der „Bundestreuen“.

Gowjetkommission in Freiberg

Freiberg, 29. Juni 1931

Vor einigen Tagen beauftragte eine Kommission von Vertretern der Sowjetunion die Freiburger Werksstätten für wissenschaftliche Präparatensysteme des Hiltelbundes G. m. b. H. und unterhandelte über Aufträge. Es ist anzunehmen, daß Vorkaufsaufträge erteilt werden, die Freiburger Arbeiter Arbeit und Beschäftigung bieten.

Wladiv, 27. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)

Aus fast allen Fronten Spaniens wird der Ausbruch kleinerer und größerer Streiks gemeldet. In Sevilla stehen die Arbeiter der Gas- und Elektrizitätswerke im Aufstand. Der Gouverneur will die Aufrechterhaltung der Betriebe durch Militär durchsetzen. Der Arbeitsminister behauptet, die Streikbewegungen gegenüber, daß die Gerichte über einen für Ende dieser Woche demontierten Streik beim Telefonapparat in Wladiv auf Wahrheit beruhen.

Streikung zum roten Stern. Die Nr. 7 liegt auf dem Tisch eine ausgezeichnete Rotenstern-„Weltspott“ zur Spartaflade verboten. Infolgedessen trägt das Titelbild den Beschriftung „vom Streik verboten“. Inzwischen wurde die Streikung-Vollzeit unter dem Massenprotest ihr eigenes Verbot teilweise aufgehoben.

Bernard Shaw über Sowjetrußland

Bernard Shaw, der bedeutende englische Schriftsteller, schreibt in der Londoner Zeitung „John Bull“ über den Fünfjahresplan in der Sowjetunion:

„Unter unseren Augen verwandelt sich das laute, laufende, schmutzige, aber glänzende, klassische und hoffnungslose Rußland des abstrakten Zorismus in ein energisches, nüchternes, reines, modernes intellektuelles, unabhängiges, blühendes, uneigennütziges kommunistisches Land. Der Fünfjahresplan wird mit Erfolg durchgeführt, denn jeder dabei tätige Mann, jede Frau, jedes Kind weiß, daß die Ergebnisse ihnen nützen, und daß sie nicht als Faulenzer bezerrten werden. Sie wissen, daß der Fünfjahresplan ihnen einen kürzeren Arbeitswoche, einen höheren Lohn, sowie Erziehungs- und Kulturmöglichkeiten brachte, von denen

SPD-Funktionäre Lutzenwalde zur KPD

18, darunter Vorsitzender, Redakteur und Stadtverordneter verlassen die Weis-Partei „Seudewitz besorgt die Geschäfte der herrschenden Klasse“

In Lutzenwalde, einer märkischen Stadt mit sozialdemokratischer Mehrheit, ist die Ortsgruppenführung der SPD zur KPD übergetreten. Unter 18 prominenten SPD-Funktionären und Mitgliedern befindet sich der 1. Vorsitzende, Betriebsrat und Stadtverordneter Otto Huberland, der Redakteur des SPD-Blattes „Volkswacht“ Willi Reihner und der Stadtverordneter Erich Schöder.

Reihner und Schöder gaben eine gerade für die „linken“ sächsischen SPD-Arbeiter bedeutungsvolle Erklärung ab, in der es heißt: „Wir haben geglaubt, innerhalb der Partei einen offenen, ehrlichen, sachlichen Kampf um eine revolutionäre Klassenpolitik an Stelle der reaktionären Staatspolitik führen zu können. Wir haben festgestellt, daß ein Anfechten gegen den herrschenden Kurs der Sozialdemokratie ein aussichtsloses Bemühen ohne jede Erfolgsmöglichkeit ist. Wohingegen für die Politik der SPD ist der Wille des bürokratischen Parteiapparates, der die politischen Entscheidungen hinweg führt und sich näher mit allen Mitteln bemüht, die Mitgliedschaft in Ruhe und Ordnung hinter diese Festschlüsse zu bringen.“

Wir haben ferner festgestellt, daß durch eine Opposition innerhalb der Sozialdemokratie keine Revolution der Partei mehr und mehr aufbrechenden Arbeiterklasse in dem Vertrauen erhalten bleiben, als sei es möglich, die Sozialdemokratie dem Willen ihrer proletarischen Anhänger entsprechend zu einem Machtinstrument rückwärtslosen Klassenkampfes umzugestalten. Wir wollen nicht als „linker“ Flügel eine Oppositionsbewegung des reaktionären Mechanismus der Sozialdemokratie vorführen und letzten Endes, indem wir murrende Mitglieder bei der Stange halten, die Geschäfte der herrschenden Klasse besorgen.“

Daher lehnen wir die legendäre Opposition à la Seudewitz ab, die vor dem Parteivorstand wieder und wieder kapituliert und nicht fähig und gewillt ist, konsequent den Weg des revolutionären Klassenkampfes zu gehen.“

Der Parteitag in Leipzig hat uns die letzten Illusionen gestraubt. Er ist uns ein Beweis für unsere schärfsten Befürchtungen. Er hat gezeigt, daß die Sozialdemokratie weiter willens ist, den franken Körper der kapitalistischen Wirtschaft „als Arzt“ zu heilen. Das kann nur scheitern und schließt immer einschließender auf Kosten der arbeitenden Volksschichten. Ein solcher Politik soll und muß der härteste Kampf angelegt werden. Das ist im Rahmen der Sozialdemokratie unmöglich. Wir ziehen aus alledem die einzig mögliche Konsequenz, wir

ziehen uns ein in die einzige Partei, die den revolutionären Klassenkampf auf ihre Fahnen geschrieben hat, in die kommunistische Partei.“

Diese Erklärung ist deshalb besonders bedeutungsvoll, weil die sächsische Arbeiterklasse, weil sie eine einseitige Abrechnung mit der konterrevolutionären Rolle der „linken“ Führer enthält. Diese Rebellion ehrlicher SPD-Mitglieder ist längst nicht mehr auf einzelne Bezirke beschränkt. Sie hat das ganze Reich erfasst. In der Mitgliederbesammlung von Mittweide, in der der berühmte Spalter der Arbeiterpartei-Bewegung Gellert der Sekretar erklärte, der SPD-Arbeiter Hausbold erregt: „Ich bin seit 1910 Mitglied der Sozialdemokratie, aber diese Politik, die die Partei heute betreibt, kann ich nicht mitmachen.“

Nach in München ist es zu heftigen Auseinandersetzungen in der Funktionärerversammlung der SPD gekommen. Nach dem Scheitern der sozialdemokratischen „Münchener Post“ erklärte der dortige Distriktsleiter Böhm:

„Meine Ansicht ist die, daß die Reichstagsaktion durch die Stellungnahme zur Rotenordnung, das Recht, die Verteilung des arbeitenden Volkes zu nennen, der „wirkt hat.“

In der Kölner Mitgliederbesammlung wandte sich die Mitgliedschaft gegen den Referenten Sollmann. In der Diskussion erklärte Herr Gellert: „50 Prozent unserer Genossen unterstützen die Partei und verziehen ihre Politik nicht mehr.“

Das ist die Grundstimmung, die die Mitgliederbesammlungen der SPD beherrscht. Deshalb ist es kein Wunder, daß die Mitgliederbesammlung der Ortsgruppe Dresden-Cotta am Sonntag 150 Mann besaß, von denen sich der größte Teil gegen die Politik der SPD wandte. Der Parteitag in Leipzig erklärte dort unter lebhafter Zustimmung, daß kein Mitglied mehr wagt, auf dem Parteitag die Politik der Partei zu verteidigen. Er sei auch nicht dazu imstande, Besondere darf auch hier die Jugend hervor. Ein Mitglied der SPD ist inzwischen beim Großverband der KPD zum KPD übergetreten.

Homosexuellen-Scandal um Nazi-Röhm

Verfahren gegen Hitlers Stabschef / Hitler: Lohnforderungen sind „Erpressung“ / Nazis fordern Pferderennen statt Brot

München, 29. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)

Nach einer Meldung der Welt am Montag, zieht die Staatsanwaltschaft um den Abjunktanten und Stabschef Hitlers, Hauptmann Röhm, weitere Kreise. Die Staatsanwaltschaft in München hat gegen Röhm wegen homosexuellen Vergehens (§ 175) ein Strafverfahren eingeleitet. Schon seit zwei Monaten beschäftigt sich die Staatsanwaltschaft mit den Vorgängen im Brauner Haus. Die Welt am Montag schreibt: „Wenn alles das wahr ist, was unabweisbar durch die Stadt geht, steht München vor einem seiner größten Skandale.“ In dieser Woche sollen sämtliche Jungmännchen des braunen Hauses zur Vernehmung vorgeladen werden. Ferner sind bei Hitler eine Reihe von Entlassungen vorgenommen worden, die in München großes Aufsehen erregten.

Es wird in München auch viel von Fällen homosexuellen Vergehens gegen Minderjährige gesprochen.

Die Folgen des 3. Reiches, die Nazi-Partei der „Eitlichkeit“ stehen durch die Fortkommnisse im vollen Maße ihrer niederrichtigen Moralheuchelei und bürgerlichen Verfaultheit.

Im Nazi-illustrierten Beobachter schreibt Hitler, der Herr des Braunen Palastes, einen Wochenartikel in dem er jammert erklärt, daß

„ein Arbeiter wider den Geist seiner wertvollen Volksgemeinschaft sündigt, wenn er ohne Rücksicht auf das gemeinsame Wohl und den Bestand einer nationalen Wirtschaft, geküßt auf seine Macht, erpresserische Forderungen stellt.“

Die Massen sind demnach laut Hitler, „Erpresser“, wenn sie es wagen, Forderungen nach Verringerung ihrer Lebenshaltung zu stellen. Das erklärt derselbe Hitler, der selbst ein Leben der Präserei und Verschwendung führt, der in der kümmerlichen Krise der Massen Millionen für Braune Beläge herauswirft, Hitler, der Kaiser feindlicher Autos, ein Kaiser, der sich ebenso, wie die Unternehmer vom Schwitz der Ausbeuteten müßt.

Zum Schluß seiner Ausführungen heißt es dann: „Endlich aber ist es nicht das Ziel, eine Umwälzung im an sich nationalen Lager vorzunehmen, sondern ein Gewinnen des antinationalen. Und dieser Gesichtspunkt ist ausschließlich maßgebend für die tatsächliche Einstellung der gesamten Bewegung.“

Hitler haben die Nazi-Führer vorwiegend Anhang aus solchen präventivierten Kreisen genommen, die zu den kapitalistischen Parteien, denen sie bisher folgten, in Gegensatz gekommen waren. Jetzt hat Hitler von der Schwärzindustrie die Anweisung bekommen, keine Aufstellung zur Gewinnung von sozialistisch denkenden Arbeitern zu verjagen. Derselben Arbeiter, die Hitler als Erpresser beschimpft! Die Nazi-Führer werden damit kein Glück haben.

Bereits ist eine Wiederabwanderung von der Nazi-Partei zu erwarten. Angehörige, proletarische Mittelständler und Kleinrentner kommen in immer größerer Zahl zur roten Einheitsfront. Es ist jetzt notwendig, Hitlers Ausführungen über Arbeitererpressung in allen Betrieben und Gewerkschaftsversammlungen vorzutragen. Sie überall bekanntzumachen und auch die Arbeiteranhänger der Nationalsozialisten bisher irreführen konnte, werden nun stark zusammenbrechen.

In der Stadtratsversammlung in Dobron (Mittelsachsen) brachten die Nazis einen Antrag ein, der verlangte, daß die örtlichen Kommune ein Zuschuß von 2.000 Mark gegeben werden. Da eine Deckung für diese 2.000 Mark nicht vorhanden war, haben sie vor, die Bürgersteuer zu erhöhen. Dieser Antrag wurde von der Mehrheit der Nazis und Bürgerlichen angenommen.

Die Arbeitlosen und alle Werttätigen, die hungern und die Bürgersteuer ausbehalten werden, werden mit der schändlichen Kapitalherrschaft abrechnen.

Nazi-Mordüberfall in Berlin

Berlin, 29. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)

In der Annahme, es handele sich um Reichsbannerführer überfielen 50 Nazis im Treptower Park in Berlin eine kleine feindliche Gesellschaft von 10 Personen, Männer und Frauen, von einer Geburtstagsfeier kamen. Die Bomben führten die Nazis mit Dolchen, Schlagringen und Stichtätern über Männer und Frauen, und selbst als man verlor, über das Treptow Holzmannen, liegen die Mordhandeln nicht ab. Ein 30-jährige Frau wurde durch einen Messerstich so schwer verletzt, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Das schlimmste Mordfallkommunale nahm 16 Nazis teil, während alle entlassen. Bei den Zeugnissen waren Messer und Scherensammer beschlagnahmt.

Notverordnung gegen harmlose Wandervögel

Leipzig, 29. Juni 1931

4 junge Vögelchen und 3 Mädchen gingen am Abend im Ostermontag in Bierereiheim mit Jagelgeheimnis durch den Park. Sie schienen schon halb, so müde waren sie. Aber dennoch war das Auge des Geheles. Bierereihen? Halt! Wehrt! Notverordnung des Reichspräsidenten vom 28. März 1931 Vergeben nach § 2. Ziffer 1 dieser Notverordnung — Strafe gegen den Führer, der von der Notverordnung nichts weiß! Gerichtsbearbeitung vor dem Schöffengericht im Leipzig — 3 Monate Gefängnis.

Genosse Winterich gestorben

Berlin, 29. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)

Der preußische Landtagsabgeordnete Genosse Jan Winterich der Mitglied des Volksbüros des SA der KPD war, ist am Sonntag früh 1.30 Uhr nach langer Krankheit im Krankenhaus Berlin-Brich gestorben. Genosse Winterich wurde am 18. März 1888 geboren und gehörte seit 1925 dem preußischen Landtag an. Er war auch kurze Zeit im Reichstag. Im Reichstag vertrat er den Wahlkreis 20 (Köln-Nachen). Der Genosse Winterich stand immer in den vorderen Reihen der kommunistischen Partei, die in ihm einen ihrer besten führenden Mitarbeiter

Staatsf...

Sofia, 27. J...

Die folgend...

Am 24. Ju...

Die reolut...

Die reolut...

Geste...

Durch den...

Die „Jemel...

Die Weiger...

Die Weiger...

In einem...

Die Verlo...

BEÇA D...

Die Portle...

Genotta J...

Die Ma...

Genotta J...

Die Ma...

Genotta J...

Die Ma...